

NV 2/2010

Die Zeitschrift für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

# NOTFALLVORSORGE



**Themenheft: Bedrohungen  
und Gefährdungen in Europa -  
damit müssen wir rechnen**

 **WALHALLA**  
**FACHVERLAG**

# Staats- und Politikverdrossenheit: Der Bürger macht nicht mehr mit

Dr. Wolf R. Dombrowsky, Professor für Katastrophenmanagement,  
Steinbeis Hochschule Berlin

**Wohin steuern Gesellschaften in Krisen? Seit dem Aufkommen der sogenannten Massengesellschaften der beginnenden Industrialisierung sind alle Antworten von einer Befürchtung überschattet: der Angst vor dem Pöbel. Man traute dem gemeinen Volke nicht, vor allem keinen besonnenen, klugen Umgang mit den Bedrückungen des Krisenhaften. Noch weniger traute man der aufkommenden Arbeiterschaft und ihrer Avantgarde, die mit voller Absicht auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse abzielte. Bis heute setzen sich Unterstellungen bis zum Denunziatorischen fort: Als „Schönwetterdemokratie“ wird die Belastungsfähigkeit der Demokratie wie auch der Deutschen bezweifelt und das Umstürzlerische, Putschistische von Weimar beschworen, wenn keine ökonomischen Wohltaten mehr zu verteilen seien. In den alten Schläuchen von Massenverachtung und Massenhass kreisen noch ältere Bilder, - von panem et circenses und von „Hosianna und Kreuziget ihn“ - allesamt Bilder von Wankelmüt, dumpfen Affekten und gefährlicher Entflammbarkeit. Sind die Völker so?**

Empirisch ergeben sich andere, differenzierende, insgesamt aber eigentümlich „beruhigende“ Erkenntnisse.<sup>1</sup> Tatsächlich ist die Geduld und die Duldsamkeit der Völker erstaunlich, sobald man untersucht, wie lange und in welchem Ausmaß sie sich Armut, Ausbeutung, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Unglück zumuten lassen. Natürlich sind die wenigsten Lämmer im Geiste der Bergpredigt, eher sind sie lebensklug genug, um zu erkennen, wie wenig sie aufgrund ihrer beklagenswerten wie beklagten Bedingungen auszurichten vermögen.<sup>2</sup> Zumeist ist es diese enorme Kluft, die, wenn es dann endlich zu kollektiven Reaktionen kommt, sich überschießend entlädt und für entfernte Betrachter so verstörend eruptiv wirkt.

Natürlich kommt es sehr darauf an, wer aus welcher Perspektive die Verhältnisse betrachtet. Man kann es mühelos am Erdbeben auf Haiti

durchspielen: Für die einen war es ein furchtbares Erdbeben, das Arme noch ärmer und bedauernswerter machte, für die anderen waren die Jahrzehnte korrupter, ausbeuterischer, verarmender und analphabetisierender Politik die eigentliche Katastrophe, die eine halbe Insel so verletzlich gemacht hat, dass selbst ein relativ schwaches Erdbeben ausreichte, um den Mangel an sozialer, wirtschaftlicher und politischer Resilienz offenkundig werden zu lassen.

So besehen lassen sich auch die Erwartungen gegenüber Krisen und dem Verhalten der davon Betroffenen aus gänzlich unterschiedlichen Perspektiven beurteilen: Man kann die Massen fürchten, sie für „Schläfer“ halten, die potenziell zum Mob auf der Straße werden, sobald das schöne Wetter umverteilender Sozialstaatsdemokratie endet und man kann, legitimiert durch diese Erwartung, für einen starken, wehrhaften Staat plädieren,

der möglichst schon bei schönem Wetter alle Vorkehrungen trifft, um beim Wetterumschwung den Staat mit allen Mitteln schützen zu können. Bisweilen erscheint die Terrorismusdebatte dafür als Trojanisches Pferd. Man muss nur „Mob“ gegen „Terroristen“ austauschen und so manche Maßnahme wird erklärlicher: Die Ausdehnung von Überwachung und Aufklärung auf die gesamte Bevölkerung, die Einschränkung all der Grundwerte und -rechte, um deretwillen uns ein weltanschaulicher Terrorismus bekämpft – das macht nur Sinn, wenn es letztlich gar nicht um die Gefährdung durch Terrorismus geht, sondern um die Befürchtung von Umsturz oder politischem Barrikadenkampf.

Noch verheerender aber ist eine eingeflochtene Unterstellung. Sie besteht in einem politischen Kausalmodell, nach dem Terrorismus seine Ursache in wirtschaftlichen Krisen hat, d. h. soziale und wirtschaftliche Abstiegsrisiken so eindeutig in politischer Radikalisierung münden, dass sich daraus der bewaffnete Kampf und sodann Terrorismus ergeben. 1933 ist der Symbolfetisch, der an dieser Stelle reflexartig **gehisst** wird, ebenso wie die Entwicklung von Stadtguerrilla und RAF aus den neuen sozialen Bewegungen. Bei all diesen Volksbeleidigungen wird nie erwähnt, dass 1933 weit wirkmächtiger das Versagen der Eliten **war**<sup>3</sup> und dass die RAF nicht nur beim Volke nicht gut ankam, sondern, bedeutsamer, durch die Wachsamkeit und die Hinweise der Bevölkerung erfolgreicher gestellt werden konnte als durch die Apparate und ihre Rasterfahndung.

Man kann eine andere Perspektive einnehmen und all die Indikatoren, die

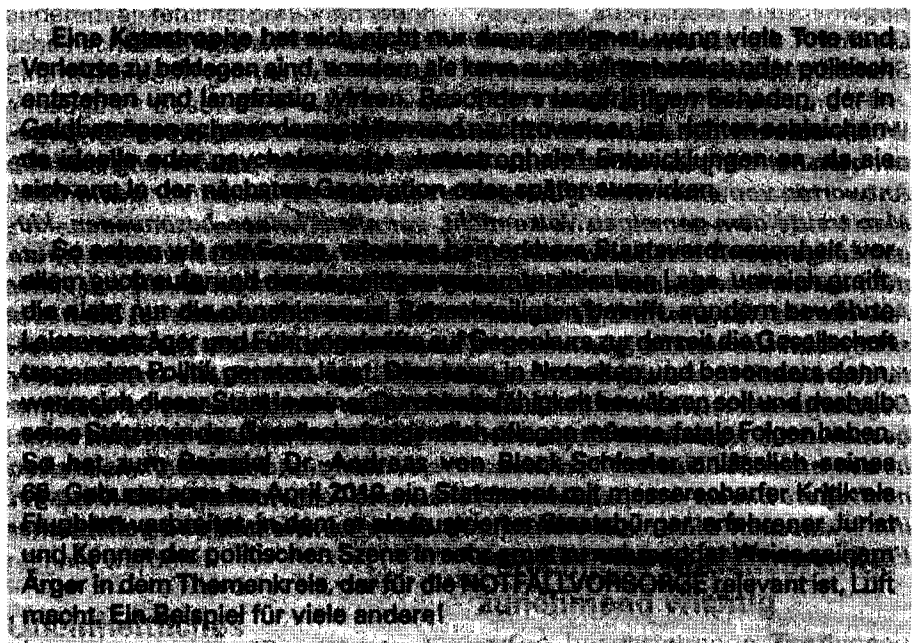
vorgeblich belegen sollen, dass sich „gefährlicher Widerstand“ formiert, auf andere Weise interpretieren, nämlich als starke Signale, nachdem die schwachen nicht berücksichtigt wurden. Immer geringere Wahlbeteiligung sollte zuvörderst als schwaches Signal dafür genommen werden, dass immer weniger glauben, durch Wahlen am Politischen wirklich beteiligt zu sein - und nicht als Weg in den systemkritischen politischen Radikalismus. Um dorthin zu treiben, muss noch Schlimmeres falsch gemacht werden und es würde mit zunehmender stärker werdenden Signalen beantwortet, niemals aber sofort mit dem Schwenk in den Terrorismus. Dies lässt sich in der Tat an allen terroristischen Bewegungen ablesen, auch, wie sie mit legalen und halb-legalen Ablegern zumindest ein paar Türchen offen lassen.<sup>4</sup> Deshalb sollten auch die Eliten aufpassen, dass sie ihrem Volk nicht die Tür vor der Nase zuschlagen, indem sie kollektive Terrorismusbereitschaft unterstellen.<sup>5</sup> Noch immer mussten alle Krisen kollektiv gelöst werden und dazu braucht es Solidarität, keinen Generalverdacht.

### Fußnoten

- <sup>1</sup> Wohltuend empirisch: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, DFG 1994-2002; KSPW-Studie „Politische Resonanz“, 1996.
- <sup>2</sup> Sofsky, Wolfgang: Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. S. Fischer, Frankfurt/M., 2002.
- <sup>3</sup> Nachzulesen bei Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Droste, Düsseldorf, 2000.
- <sup>4</sup> Die Spanne liegt zwischen Carr, Caleb: Terrorismus - Die sinnlose Gewalt. Historische Wurzeln und Möglichkeiten der Bekämpfung. W. Heyne Verlag, München, 2002 und Taylor, Peter: The Provos. The IRA and Sinn Fein. Bloomsbury Publishing, London, 1998.
- <sup>5</sup> Sicherheit kann selbst repressiv werden: Heilmann, Klaus: Das Risiko der Sicherheit. S. Hirzel Verlag Stuttgart, Leipzig, 2002 und Bernsmann, Klaus: Entschuldigung durch Notstand. Studien zu § 35 StGB. Köln, 1989. •

# Politik- und Die schleichende ideelle

Winfried Glass, Meckenheim<sup>1</sup>



Rechtsanwalt Dr. Andreas  
von Block-Schlesier, Bonn

### Arbeitsgebiet humanitäres Völkerrecht, Kriegsvölkerrecht

Das Magazin der Bundeswehr „Y.“ titelte in seiner September-Ausgabe 2007: „Droht das Ende der Konventionen?“.

Am 22. Januar 2002 veröffentlichte das Auswärtige Amt in Berlin die folgende Erklärung des damaligen Bundesaußenministers zur Frage der in Guantanamo Inhaftierten: „Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verteidigen wir auch unsere Grundwerte. Sie gelten ohne Ansehen der Person. Sie schützen Leben und Würde des Menschen. Dies ist es, was wir der terroristischen Herausforderung entgegenstellen müssen. Im Blick auf die Inhaftierten

in Guantanamo sind wir deshalb der Auffassung, dass sie, unabhängig von einer späteren Statusdefinition, wie Kriegsgefangene zu behandeln sind. Das heißt in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht, so wie es die Genfer Konvention festschreibt: Menschliche Behandlung, Achtung der Person und Ehre, Schutz vor Gewalttätigkeiten und Einschüchterung, Anspruch auf ärztliche Behandlung, bei Gerichtsverfahren rechtsstaatliche Garantien“.

Nahezu zehn Jahre hat es gedauert, bis unsere Bundesregierung definiert hat, was schon immer zweifelsfrei klar war, dass es sich in Afghanistan im Sinne der Genfer Abkommen und ihrer Zusatzprotokolle um einen bewaffneten Konflikt handelt.

Dann unterliegen auch die Soldaten der Bundeswehr, die in Afghanistan eingesetzt werden, diesem humanitä-